

Am ersten Tag unseres Demokratischen Forums haben Sie viel über den Sozialstaat diskutiert. Am zweiten Tag soll es darum gehen, auf der Grundlage dieser Diskussionen Empfehlungen an die Politik zu entwerfen. Um dies zu erleichtern, möchten wir Ihnen auf den folgenden Seiten zusätzliche Informationen zu einigen Themen anbieten. Wir möchten aber betonen, dass Sie völlig frei darin sind, welche Politikempfehlungen Sie vorschlagen und als Gruppe beschließen.

Thema 1: Arbeit und Beschäftigung

Viele Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Familie haben den Sozialstaat in Deutschland vor Probleme gestellt. Eine wichtige Rolle spielt dabei Arbeit, denn in unserer Wirtschaftsordnung spielt Erwerbsarbeit nicht nur eine zentrale Rolle für die Existenzsicherung der Bürger, sondern ist auch eine Grundlage für die Finanzierung des Sozialstaats.

Da Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen bzw. nicht in jeder Lebensphase erwünscht oder möglich ist – z.B. bei Kindern, im Alter, bei Krankheit oder Arbeitsplatzverlust – sichert der Sozialstaat diese Menschen ab oder unterstützt ihre private oder familiäre Absicherung. In Deutschland geschah dies traditionell vor allem über die *Sozialversicherungen*, also Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung. Dabei zahlen die Erwerbstätigen (und die Arbeitgeber) Beiträge ein und erhalten im Gegenzug Leistungen, z.B. eine Rente. Die Höhe dieser Leistungen – also z.B. die Höhe der Rente – orientierte sich üblicherweise an der Höhe der zuvor gezahlten Beiträge und damit am Einkommen. Damit wurde indirekt auch ein Familienmodell gefördert, bei dem die Männer in Vollzeit arbeiten und die Frauen sich um Kinder und Haushalt kümmern und über den männlichen „Familienernährer“ abgesichert sind.

In jüngerer Zeit hat dieses Sozialversicherungsprinzip allerdings Probleme bekommen. Zum einen gab es viele Menschen, die nicht genügend eingezahlt hatten, um die notwendigen Leistungen zu beziehen – dies betraf vor allem Frauen, aber auch Menschen mit geringem Einkommen. Zum anderen veränderte sich das proportionale Verhältnis von Erwerbstätigen zu Leistungsbeziehern durch den demographischen Wandel – und damit eine große Zahl von Rentnern – und die hohe Arbeitslosigkeit. Deshalb wurde es immer schwieriger, die Sozialversicherungen zu finanzieren.

Der Staat hat deshalb mehrere Maßnahmen ergriffen. Dabei ging es vor allem darum, möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, weshalb auch die Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert wurde, zum Beispiel durch Kitausbau und Weiterbildung. Außerdem wurde der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet. Dies wurde zum Beispiel durch die Einführung von Zeitarbeit oder Minijobs sowie durch eine Lockerung von Einstellungs-, Kündigungs- oder Befristungsregelungen erreicht. Das führte zu einem Anstieg sogenannter *atypischer Beschäftigung*, d.h. befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitstellen, Minijobs oder Zeitarbeit.

Arbeit sichert die Existenz der Bürger. Nicht alle Menschen können arbeiten, deshalb gibt es den Sozialstaat. In Deutschland ist die Sozialversicherung sehr wichtig.

Heute arbeiten mehr Menschen in befristeten Jobs oder haben Teilzeitstellen.



Eine weitere Neuerung war die Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Besonders umstritten waren die sogenannten „Hartz-Reformen“. Hier wurde eine steuerfinanzierte Grundsicherung (ALG II, „Hartz IV“) eingeführt. Menschen, die keine Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (ALG I) haben, können ALG II erhalten. ALG II ist bedarfsgeprüft und orientiert sich nicht am früheren Einkommen. Das zentrale Ziel ist, dass arbeitslose Menschen möglichst schnell wieder in Arbeit kommen. Dazu sollten sie eine gewisse Förderung erhalten, aber sie müssen auch Bedingungen erfüllen (z.B. Bewerbungen schreiben, an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen oder angebotene Tätigkeiten aufnehmen).

Die Reformen der letzten Jahre stärken die Bedeutung von Arbeit zur Existenzsicherung aller erwerbsfähigen Bürger. Es mehren sich aber auch Stimmen, die sich für eine völlige Neugestaltung von Arbeit und Sozialstaat aussprechen. Dies wird unter anderem damit begründet, dass es gar nicht genug Arbeit gibt, und dass Menschen nicht dem Zwang zur Arbeit unterliegen sollten. In diesem Zusammenhang ist das Konzept des *Bedingungslosen Grundeinkommens* bekannt geworden. Hier ist die Idee, dass jeder Mensch unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen festen Betrag erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. So soll die soziale Sicherung komplett von Arbeit losgelöst werden. Es gibt allerdings verschiedene Modelle, wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen gestaltet und finanziert werden kann.

Es gibt Ideen, wie Arbeit und Sozialstaat ganz neu gestaltet werden könnten.

Thema 2: Ungleichheit von Einkommen und Vermögen

Eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft spielt die (ungleiche) Verteilung von Einkommen und Vermögen. Einkommensungleichheit meint den Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Vermögensungleichheit bezeichnet den Unterschied zwischen großen und kleinen Vermögen (bzw. Schulden). Einkommens- und Vermögensungleichheit spielen in unserer Gesellschaft eine so große Rolle, weil aus diesen Ungleichheiten auch Unterschiede in vielen anderen Bereichen entstehen, z.B. bei Wohnen, Gesundheit, Bildung und sozialer und kultureller Teilhabe.



Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen hat seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland zugenommen: Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben zugelegt, während die Einkommen der Mittelschicht stagnierten und die niedrigen Erwerbseinkommen gesunken sind. Die staatliche Umverteilung durch Steuern und soziale

Sicherungssysteme mildert zwar die Ungleichheit ab, allerdings gab es auch hier Veränderungen: Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen wurden gesenkt und die Mehrwertsteuer wurde erhöht. Zugleich wurden einige Sozialleistungen abgebaut, allerdings kamen auch andere hinzu (z.B. Elterngeld).

Befürworter einer hohen Ungleichheit von Einkommen und Vermögen argumentieren, dass eine hohe Ungleichheit von Einkommen und Vermögen größere Anreize für individuelle Leistungen bietet und von diesen Leistungen die Gesellschaft insgesamt profitiert. Demgegenüber würden Maßnahmen zur Reduzierung von Ungleichheit – z.B. höhere Steuern – zur Abwanderung von Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen führen.

Gegner der steigenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen argumentieren, dass daraus eine Spaltung der Gesellschaft resultiert, die zu sozialen Konflikten und sozialen Problemen führt: Menschen werden sozial „abgehängt“, und durch die zentrale Rolle von Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft werden sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen beeinträchtigt bzw. ausgegrenzt (z.B. Wohnen, Gesundheit und Bildung).

Deshalb sind bei Politikempfehlungen in diesem Bereich mehrere Entscheidungen zu treffen: Erstens muss man sich darüber verständigen, ob man die gestiegene Ungleichheit für richtig hält oder ob man sie wieder verringern möchte – oder aber verstärken möchte.

Außerdem gibt es zahlreiche Instrumente zur Beeinflussung der Einkommens- und Vermögensungleichheit. Dabei können grob zwei Bereiche unterschieden werden:

- Man kann indirekt ansetzen und sich z.B. auf Reformen in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung oder Arbeitsmarkt konzentrieren, welche die Chancen und Startbedingungen für Menschen verändern. Zum Beispiel können durch Bildungsreformen die Startbedingungen für Kinder aus ärmeren Familien verbessert werden.
- Man kann auch direkt auf die Einkommens- und Vermögensverteilung Einfluss nehmen. Möglich sind zum Beispiel Veränderungen bei der Einkommenssteuer, der Unternehmenssteuer, der Kapitalertragssteuer, der Erbschaftsteuer, der Vermögenssteuer oder eine einmalige Vermögensabgabe.

Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Die Ungleichheiten sind in den letzten Jahren größer geworden.

Politik kann Ungleichheiten beeinflussen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, zum Beispiel Bildungspolitik oder Steuern.

Thema 3: Zuwanderung



Zuwanderung bedeutet, dass Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier vorübergehend oder dauerhaft zu leben. Das hat Auswirkungen z.B. auf den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, das Gesundheitssystem oder den Wohnungsmarkt. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen hat das Thema Zuwanderung für viele Menschen eine besondere Bedeutung bekommen. Einerseits entstehen kurzfristige Kosten der Unterstützung und Integration, andererseits können Zuwanderer auch wichtig für den Arbeitsmarkt und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme werden.

Man unterscheidet verschiedene Arten von Zuwanderung: Menschen, die aus eigenem Antrieb ihr Land verlassen, werden als „Migranten“ bezeichnet. Für Migration innerhalb der Europäischen Union gibt es keine Einschränkungen. Ausländer aus Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes dürfen eine Beschäftigung in Deutschland nur ausüben, wenn es ihnen vom Staat erlaubt wird. Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt wurde in den letzten Jahren durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen erleichtert. Für Nicht- bzw. Geringqualifizierte bestehen auch weiterhin nur eingeschränkte Möglichkeiten des Arbeitsmarktzugangs. Für gut qualifizierte Ausländer, z.B. akademische ausgebildete Fachkräfte, wurden dagegen die rechtlichen Hürden für eine Arbeitsaufnahme in Deutschland weiter abgesenkt.

Menschen, die zur Flucht aus ihrem Land gezwungen sind, werden als „Flüchtlinge“ bezeichnet. Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde, werden als „Asylbewerber“ bezeichnet. Asylbewerber dürfen nur arbeiten, wenn sie mindestens drei Monate in Deutschland sind und der Arbeitgeber keine anderen Beschäftigten aus Deutschland, der EU oder unter den anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten für die Stelle findet. Erst nach 15 Monaten dürfen Asylbewerber uneingeschränkt arbeiten.

Wenn davon ausgegangen wird, dass Einwanderer längerfristig in Deutschland bleiben und integriert werden sollen, erfordert dies ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das hat zwei Seiten: Zum einen muss festgelegt werden, wann und unter welchen Umständen Einwanderer eine Arbeit aufnehmen können, und zum anderen müssen sie in die Lage versetzt werden, eine Arbeit aufzunehmen und sich gesellschaftlich zu integrieren. Dazu können Sprachkurse, Bildungs- und Qualifizierungsangebote, Eingliederungsprogramme und anderes zählen.

Eine Integration in den Arbeitsmarkt erfordert auch eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme, da dies eng miteinander verknüpft ist. Die Genfer Flüchtlingskonvention hält einige Grundrechte von Flüchtlingen fest, z.B. der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wann und unter welchen Umständen Einwanderer welche sozialen Leistungen bekommen sollen.

Über das Qualifikationsniveau der derzeit nach Deutschland flüchtenden Menschen weiß man wenig. Laut einer Umfrage des Bundesamts für Migration ist der Bildungsstand vieler Asylbewerber niedrig. Bei den Flüchtlingen aus Syrien ist dagegen die schulische Bildung gut, schlechter sieht es bei der beruflichen Bildung aus. Die Umfrage ist allerdings nicht repräsentativ, die Angaben sind freiwillig.

Zuwanderung nach Deutschland kann Kosten verursachen, sie kann aber auch den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat unterstützen.

Einwanderer, die integriert werden sollen, müssen am Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen teilhaben können.

Thema 4: Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit meint gleiche Chancen und Möglichkeiten für Frauen und Männer, z.B. in Bezug auf Bildung, Arbeit, Entlohnung, Kindererziehung und Familie.



Im Grundgesetz ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern als ein Staatsziel festgelegt. Dort heißt es in Artikel 3, Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

Außerdem wurde dieser Satz um einen konkreten Handlungsauftrag an der Staat ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Seit den 1970er Jahren ist Gleichstellungspolitik ein eigenes Politikfeld. Ging es anfangs nur um die Durchsetzung gleicher Rechte für Frauen, so verfolgt die Gleichstellungspolitik heute das Ziel, sowohl Frauen als auch Männern gleiche Chancen und Möglichkeiten in Beruf und Familie während ihres gesamten Lebensverlaufs zu eröffnen.

Bei der Gleichstellung von Frauen und Männern sind in den letzten Jahrzehnten viele Fortschritte gemacht worden, aber Studien zeigen, dass Frauen noch immer in vielen Bereichen gegenüber Männern benachteiligt sind. Dies betrifft zum Beispiel die folgenden Bereiche:

- Frauen bekommen im Durchschnitt für gleichwertige Arbeit noch immer niedrigere Löhne als Männer.
- Frauen wählen häufig geringer entlohnte Berufe als Männer. Außerdem geht eine Zunahme von Frauen in einem Berufsfeld oft mit einer Senkung von Löhnen und Status dieses Berufs einher, während eine Zunahme von Männern in einem Berufsfeld zu steigenden Einkommen und steigendem Status dieses Berufs führt.
- Frauen übernehmen noch immer häufiger unbezahlte Tätigkeiten in Haushalt, Erziehung und Pflege.
- Frauen unterbrechen ihre berufliche Tätigkeit noch immer häufiger und länger als Männer (z.B. für die Kindererziehung) und haben es danach zeitlebens schwerer, den beruflichen Rückstand aufzuholen.
- In vielen Führungspositionen sind immer noch deutlich weniger Frauen als Männer.

Aber auch Männern, die sich stärker in Kindererziehung, Pflege und Haushalt einbringen möchten, werden häufig z.B. durch den Arbeitgeber Steine in den Weg gelegt. Um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verbessern, kann der Staat viele Maßnahmen in den Bereichen Arbeit, Familie, Bildung und Pflege ergreifen. Dabei ist zu unterscheiden, ob der Staat bestimmte Ziele und Maßnahmen allen vorschreibt oder ob er nur einen Rahmen setzt, innerhalb dessen sich zum Beispiel Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Tarifpartner, Bildungsinstitutionen und andere Organisationen bewegen. Neben Gesetzen und Verboten können auch gezielte Anreize gesetzt werden, um zum Beispiel bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen.

Uns interessiert: In welchen Bereichen sehen Sie den größten Handlungsbedarf bei der Gleichstellung von Männern und Frauen und der Familienpolitik? Und welche Maßnahmen möchten Sie dem Sozialstaat der Zukunft empfehlen – und warum?

Frauen sind immer noch in vielen Bereichen benachteiligt. Sie bekommen oft weniger Lohn und haben schlechtere Jobchancen.

Der Staat kann versuchen, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verbessern.

Thema 5: Generationengerechtigkeit

Generationengerechtigkeit bedeutet unter anderem, eine gute Balance zu finden zwischen Leistungen für Kinder und Jugendliche und Leistungen für ältere Menschen. Leistungen für ältere Menschen müssen aus den Steuern und Beiträgen bezahlt werden, die von den arbeitenden Menschen erwirtschaftet werden



(„Generationenvertrag“). Menschen haben heute eine längere Lebenserwartung als früher, und durch den Geburtenrückgang gibt es auch weniger Menschen, die arbeiten. Das führt zu Problemen bei der Finanzierung der Renten und anderer Leistungen für ältere Menschen. Diesem Problem kann auf verschiedene Arten begegnet werden:

- So können z.B. die Ruhestandsregelungen geändert werden: Wenn mehr Menschen länger arbeiten, zahlen sie auch länger in die Rentenkassen ein.
- Es kann aber auch die Finanzierung der Alterssicherung geändert werden. Seit 2001 wird die private Altersvorsorge staatlich unterstützt (Stichwort „Riesterrente“). Die öffentlichen Renten sind dagegen gekürzt worden.

Wenn die Rente nicht zum Lebensunterhalt reicht, kann Grundsicherung im Alter beantragt werden. Die Grundsicherung in der Höhe des sogenannten „Hartz IV-Satzes“ wird aus Steuern bezahlt. Die Zahl der Empfänger dieser Leistung ist in den letzten Jahren immer mehr angestiegen: Im Jahr 2003 bezogen 267.734 Rentner im Alter von 65 oder älter Grundsicherung, 2014 waren es 512.262.

Es sind jedoch nicht nur Leistungen für ältere Menschen, die aus den Steuern und Beiträgen bezahlt werden müssen, die die heute arbeitende Bevölkerung erwirtschaftet. Neben der Absicherung von Arbeitslosigkeit und Krankheit sind vor allem Leistungen für Familien und Bildung wichtig. Auch hier führt es natürlich zu Finanzierungsproblemen, wenn weniger Menschen arbeiten, es aber mehr „abhängige Personen“ (wie Ältere, Kinder, Arbeitslose, Kranke usw.) gibt. Im Zusammenhang mit dieser Problematik werden auch sogenannte „Sozialinvestitionen“ diskutiert. Hier ist die Idee, dass verstärkt in junge Menschen investiert werden sollte, um ihnen gute Startchancen zu ermöglichen. Das soll dazu führen, dass sie später individuell gut für ihre soziale Sicherung sorgen können und möglichst unabhängig vom Sozialstaat sind, z.B. durch gute Jobchancen und private Vorsorge. Dabei wird oft die Bedeutung von Bildung ab einem sehr jungen Alter betont. In Deutschland kann man immer noch eine große Bildungsungleichheit beobachten: Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen haben zum Beispiel viel schlechtere Chancen, auf das Gymnasium zu gehen.

Das Konzept der „Sozialinvestitionen“ stärkt die Eigenverantwortung, erhöht aber auch das individuelle Risiko. Wenn der Sozialstaat mehr in junge Menschen investiert und weniger in die umlagefinanzierten Systeme wie z.B. Renten- oder Arbeitslosenversicherung, dann kann auch nur noch eine minimale staatliche Absicherung für diejenigen garantiert werden, die nicht arbeiten. Das heißt, eine am vorherigen Einkommen orientierte Rente oder Arbeitslosensicherung kann vom Staat nicht mehr finanziert werden. Wer nicht privat vorsorgen kann, ist auf niedrige Grundsicherung angewiesen.

Welche Empfehlungen würden Sie vor diesem Hintergrund in den Bereichen Generationengerechtigkeit, Bildung und Altersvorsorge geben?

Wenn wenige Menschen in die Rentenkassen einzahlen, es aber viele Rentner gibt, dann führt das zu Finanzierungsproblemen.

Immer mehr Menschen beantragen Grundsicherung im Alter.

Es gibt die Idee, vermehrt in Bildung zu investieren, damit alle Kinder bessere Startchancen haben, bessere Jobs bekommen und weniger Sozialleistungen benötigen.